

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 40 (2013)
Heft: 4

Artikel: Volk will den Bundesrat nicht selber wählen
Autor: Müller, Jürg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-911096>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Volk will den Bundesrat nicht selber wählen

Das Volk will seine Regierung nicht selber wählen. Die Initiative «Volkswahl des Bundesrates» hat am 9. Juni 2013 mit einem Neinstimmen-Anteil von über 76 Prozent deutlich Schiffbruch erlitten.

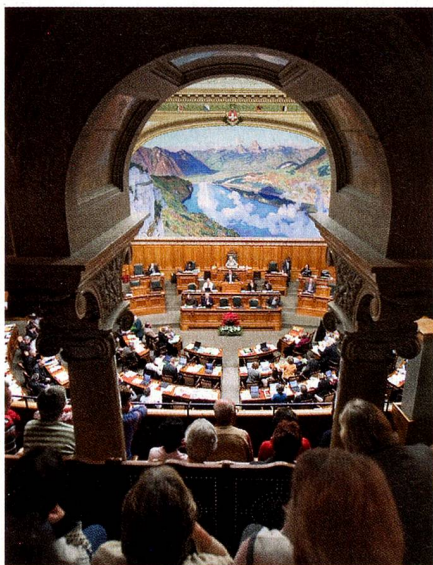
Von Jürg Müller

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) als Initiatorin des Volksbegehrens hat sich redlich Mühe gegeben: Sie hat grosse Plakate mit dem Slogan «Dem Volk vertrauen» ausgehängt und jeden Schweizer Haushalt mit einem «Extrablatt» versorgt. Das Volk sollte den Bundesrat wählen, «damit die Schweiz nicht zu Grunde geht», stand darin in grossen Lettern. Das war wohl etwas übertrieben. Der Feuereifer jedenfalls ist nicht übergesprungen. Der hitzige Abstimmungskampf blieb aus, obschon es um eine Grundfrage der schweizerischen Staatsorganisation ging. Die Initiativgegner haben ihr Ziel ohne grosse Gegenpropaganda erreicht. Wenn das Volk

statt des Parlaments den Bundesrat wähle, dann entspreche das dem bewährten Modell bei den Wahlen der kantonalen Regierungen, fand die SVP. Die Volksrechte würden ausgebaut und die Gewaltenteilung gestärkt. Die Gegner argumentierten, bei der Volkswahl würden die Regierungsmitglieder endgültig zum Spielball der Parteipolitik, die Sachpolitik gerate ins Hintertreffen. Gewarnt wurde auch von einem permanenten Wahlkampf mit massivem Geldeinsatz.

Schwerste Niederlage der SVP

Das Nein kam nicht unerwartet, doch die Deutlichkeit überraschte allgemein. Derart wuchtig wurde bisher noch keine Initiative der SVP verworfen. Einer der Gründe ist, dass die Volkspartei nicht einmal ihre eigenen Anhänger voll zu überzeugen vermochte. Verschiedene Parteiexponenten und Sektionen traten offen für ein Nein ein. Dieses Nein zeigt auch, dass Vorlagen, die von Misstrauen gegenüber den bestehenden Institutionen getragen sind, beim Volk nicht gut ankommen. Im vergangenen Jahr wurde die Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» mit rund 75 Prozent Neinstimmen abgelehnt. Ähnlich klar ging 2008 die Initiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» unter, die dem Bundesrat einen Maulkorb umhängen wollte. Auch die Initiative «Einbürgerungen vors Volk» wurde 2008 mit knapp 64 Prozent deutlich verworfen. (Kommentar rechts)



Das Volk bleibt Zuschauer bei der Bundesratswahl

ASYLGESETZ EINMAL MEHR VERSCHÄRFT

Asylgesuche dürfen nicht mehr bei Schweizer Botschaften eingereicht, renitente Asylbewerber können in speziellen Zentren untergebracht werden und der Bund kann ohne kantonale und kommunale Einwilligung Asylunterkünfte eröffnen. Diese Änderungen des Asylgesetzes wurden am 9. Juni 2013 vom Volk mit über 78 Prozent Zustimmung gutgeheissen. Linke Kreise hatten das Referendum dagegen ergriffen. Bereits fünf Mal wurde das Asylgesetz in den vergangenen 25 Jahren verschärft, fünf Mal scheiterten Referenden dagegen. Die deutliche Zustimmung zeigt, dass auch viele Linke der sozialdemokratischen Justizministerin Simonetta Sommaruga folgten, welche die Vorlage als Beitrag zur Beschleunigung des Asylverfahrens bezeichnete. Der Politikwissenschaftler Claude Longchamp erklärte im Schweizer Fernsehen SRF, die Stimmenden hätten weniger einer konkreten Vorlage zugestimmt, als ihren generellen Unmut über die Flüchtlingspolitik geäussert. (JM)

Ein Akt kluger Selbstbeschränkung

Über kein Gremium wird in der Schweiz intensiver diskutiert als über den Bundesrat, die sieben Bundesrätinnen und Bundesräte genießen die permanente Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Die Chance, ihre Polit-Stars in direkter Volkswahl selber zu küren, ergreifen die Schweizerinnen und Schweizer nicht. Ist das nicht ein Widerspruch?

Nein, es ist ein Akt kluger Selbstbeschränkung. Die Schweizer sind nicht obrigkeitgläubig, aber sie haben einen fein entwickelten Sinn für den Wert ausgewogener und stabiler politischer Institutionen. Man fährt den Mitgliedern der Landesregierung mitunter heftig an den Karren; aber gleichzeitig respektiert man die Institution in hohem Masse. Allen Unkenrufen zum Trotz genießt der Bundesrat gemäss Umfragen grosses, jüngst gar wieder wachsendes Vertrauen.

Die Ablehnung der SVP-Initiative für die Volkswahl des Bundesrates (siehe Artikel links) ist eine eindrückliche Vertrauenskundgebung für ein äusserst erfolgreiches politisches System. Da gibt es keinen Grund, das fein austarierte Gleichgewicht zwischen Volk, Parlament und Regierung zu stören. Die Volkswahl hätte aber genau das bewirkt.

Es gibt kein Land auf der Welt, in dem das Volk über derart viel Gestaltungskraft verfügt wie in der Schweiz. Die direkte Demokratie wird auch ausgiebig genutzt, sie ist ein wesentlicher Faktor helvetischer Stabilität. Denn wo Sachthemen ausführlich debattiert und durch das Volk entschieden werden, steigt auch die Akzeptanz politischer Entscheidungen. Das ist der Kern direkter Demokratie. Die Volkswahl hätte also kein Mehr an sachpolitischer Mitbestimmung gebracht, sondern höchstens ein Mehr an politischem Spektakel zulasten kontinuierlicher Regierungstätigkeit.

JÜRIG MÜLLER